Pressemitteilung

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

27.03.2015

LSVD-Kampagne gegen Ausgrenzung im ZDF-Fernsehrat hat Erfolg!

Thüringen entsendet Interessenvertretung für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle

Zum Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz über den neuen ZDF-Staatsvertrag erklärt ***Henny Engels, Sprecherin des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD)****:*

Erstmals in der Geschichte des ZDF werden Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (LSBTI) im Fernsehrat Sitz und Stimmte bekommen. Das ist ein großer gesellschaftspolitischer Erfolg und ein wichtiges Signal für Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung.

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) begrüßt nachdrücklich, dass die neue Landesregierung von Thüringen unter Ministerpräsident Bodo Ramelow in letzter Minute dafür gesorgt hat, dass dieser gesellschaftliche Durchbruch 54 Jahre nach der Unterzeichnung des ersten ZDF-Staatsvertrages gelungen ist. Wir danken der Landesregierung Thüringen und ihrem Ministerpräsidenten. Auch danken wir anderen Bundesländern, wie Bremen und Schleswig-Holstein, sowie zahlreichen Landtagsfraktionen, die sich ebenfalls für eine LSBTI-Vertretung stark gemacht haben.

Der LSVD hatte in den vergangenen Tagen und Wochen mit zahlreichen Aktionen auf den Missstand in Fernsehrat hingewiesen. Mit der anhaltenden Ausgrenzung von LSBTI aus dem Fernsehrat wäre Diskriminierung und Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität weiter fortgeschrieben worden.

Die Entsendung der LSBTI-Vertretung über das Land Thüringen ist ein erster und wichtiger Schritt, um endlich auch in diesem wichtigen Gremium gesellschaftliche Realitäten abzubilden und ein Zeichen für Vielfalt in unserer Gesellschaft zu setzen.

Es ist zudem in Aussicht gestellt, dass in vier Jahren evaluiert wird, wie die Abbildung von Pluralität im Fernsehrat optimiert werden kann. Dabei sollte auch das jetzige Zweiklassenrecht aufgebrochen werden, wonach einige gesellschaftliche Gruppen eine ausdrücklich festgeschriebene Vertretung haben, andere eine Nominierung über einzelne Länder benötigen.

Der LSVD wird sich weiter dafür einsetzen, dass es in allen Rundfunkgremien endlich auch eine gleichberechtigte und ausgewogene Interessenvertretung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen gibt. Die Förderung der Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen ist elementar für eine demokratische und offene Gesellschaft, die selbstbestimmte Lebensentwürfe schützt und ermöglicht.

Weiterlesen

- „Viel Zeit, Geduld und Diplomatie“. Interview mit Jenny Luca Renner, LSBTTIQ*-Vertretung im ZDF-Fernsehrat [https://www.lsvd.de/de/ct/3411--viel-zeit-geduld-und-diplomatie-]

- Regenbogenkompetenz in Rundfunk- und Medienräten. Ergebnisse des Fachforums auf dem zweiten Regenbogenparlament "Akzeptanz für LSBTI* weiter gestalten" [https://www.lsvd.de/de/ct/962-regenbogenkompetenz-in-rundfunk-und-medienraeten]

- Voll im Bild?! Wie geht eine diskriminierungsarme Bild-Berichterstattung? [https://www.lsvd.de/de/ct/1001-checkliste-fuer-diskriminierungsarme-bildberichterstattung-fuer-redaktionen-und-fuer-fotograf-innen]

- Die Salonfähigen: Von „Geschlechtsumwandlungen“ und „Schwulenehe“. Mediale Darstellung im Fokus [https://www.lsvd.de/de/ct/599-von-geschlechtsumwandlungen-und-schwulenehe-mediale-darstellung-von-lsbti]

- Die reale Zivilgesellschaft muss bei den öffentlich-rechtlichen Medien wirksam beteiligt werden. Vertretung in den Rundfunk- und Fernsehgremien gefordert [https://www.lsvd.de/de/ct/479-die-reale-zivilgesellschaft-muss-bei-den-oeffentlich-rechtlichen-medien-wirksam-beteiligt-werden]

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).
Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.